

Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 G.-Pfg. freibl., auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3 gesp. Reflamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank an Goldig Filiale Waldenburg. Stadtkontofonto Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Setzungsverleger-Bereins (S. V.) — Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förstler; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolfenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unser Verleger hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Herrn Sprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niedermiera, Obermiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlaawin, Schwaben, Wolfenburg und Ziegelheim.

Nr. 300

Mittwoch, den 24. Dezember 1924

47. Jahrgang.

Ein drittes Kabinett Marx in Sicht.

Die Reichsregierung hat in Paris und London Vorstellungen wegen der Kölner Räumungsfrage erhoben.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion fordert den Volkseinsatz in der Flagenfrage.

Der Schlussbericht der Militärkontroll-Kommission ist bestellte Arbeit, um die Räumung Kölns hinauszuschieben.

In der sächsischen Sozialdemokratie ist eine Spaltung eingetreten.

Der thüringische Landtag tritt am 12. Januar zusammen.

In Spinal wurden scharfe Reden gegen das Kabinett Herriot gehalten.

In Rom ist am Sonntag die Missionsausstellung vom Papst eröffnet worden.

Die englische Regierung verweigert die Deffnung der Archive.

Die albanische Regierung hat das Standrecht verkündet.

In Rumänien verfolgen die Russen Umsturzpläne.

Die Spanier errangen einen großen Sieg in Marokko.

In Tanger traf ein italienisches Kanonenboot ein.

Waldenburg, 23. Dezember 1924.

Der Völkerbund in seiner englisch-französischen Aufmachung hat doch seinen praktischen Wert: Er zeigt, wie die große Politik gemacht und — verschwiegen wird. Zweimal hat Chamberlain von der englischen Außenpolitik gesprochen, vor dem Völkerbundsrat in Rom und vor dem Unterhaus in London, beidemal war man auf Rätselhaftigkeit angewiesen und beidemal zeigte sich die Doppelseitigkeit der Ententepolitik: Schacher und Drohung.

Die Pariser Unterredung Chamberlains mit Herriot hat uns die Verschärfung der Kölner Zone gebracht. In der gleichen Zeit ist der Ausbau Singapores zur Flottenbasis im Pazifik angekündigt und begründet worden. Die englische Flotte im Stillen Ozean müsse eine zentrale Versorgungsbasis haben. Sonst nichts. Mehr schon erkennt man aus den Befürchtungen Japans, die London aber ebensowenig bedeuten, wie Deutschlands Proteste gegen Versailles und seine Folgen. Wenn England und Frankreich heute vor einer sie beide bedrohenden Gefahr stehen, so ist es das schon oft zitierte Erwachen des Ostens. Wir sind kaum zweieinhalb Jahrzehnte in das 20. Jahrhundert vorgedrungen, an dessen Beginn nicht nur die Türkei, sondern auch der ganze Osten unter den Begriff „der kranke Mann“ fiel, und schon tritt dem Westen eine Macht entgegen, die sich zwar nur schrittweise vorwärts bewegt, aber mit jedem Schritt ernstere Gestalt annimmt.

Der Brand im Osten hat sich in den letzten Wochen nicht nur in Arabien und Mesopotamien verstärkt, er ist nicht nur bis nach Marokko vorgedrungen, sondern hat auch Persien und die Mongolei erfasst. Zu der japanischen und amerikanischen Gefahr, mit der England und seine Dominions in den Gewässern des Stillen Ozeans immer wieder zu rechnen haben, gesellt sich nun auch das staatspolitische Vorgehen Moskaus. Seine Erfolge sind besonders in der Mongolei und in China zu einer Bedrohung der britischen Weltmacht geworden, die nach der Konstituierung der mongolischen Sowjetrepublik vor einigen Wochen bei gleichzeitiger Ausdehnung des Einflusses Sunjatschens an dem Singapore-Projekt um so hartnäckiger festhalten wird. Was in Europa durch die Verschärfung fremder Interessen erreicht werden kann, ohne daß Flotte und Heer in Anspruch genommen werden, will man im Osten durch die Politik der Drohung erreichen. Je weiter die Probleme von Europa entfernt sind, desto weniger wird von der Bedeutung des Völkerbundes für die Friedenspolitik auch nur gesprochen.

In Europa haben wir uns allmählich wieder an eine fast salonmäßige Behandlung politischer Dinge gewöhnt, die in Formen vor sich geht, deren spitzfindiger Charakter selbst alte Diplomaten oft als übertrieben anmutet. Außerhalb Europas dagegen können auch heute noch Festungen errichtet werden, können Flotten abkommen, wie das von Washington, unberücksichtigt bleiben, ja können ganze Völker noch ungestraft im Interesse des alten Europa aufeinander gehetzt werden. Hier überfeine Diplomatie, dort Gewalt.

Aber weder die in Europa dominierende Politik der Verschärfung, noch die im Osten sich ausbreitende Gewaltpolitik sind geeignet, die Brandherde, deren Zahl heute schon unübersehbar geworden ist, unschädlich zu machen. Zur Regelung weltpolitischer Streitfragen gehört heute schon etwas mehr als Tradition und Staatspolitik, es gehören dazu neue Wege für Weltpolitik und Weltpolitiker. Wann kommen sie zur Geltung?

Die Kölner Räumungsfrage.

Vorstellungen Hoersch in Paris.

Die Unterredung, die der deutsche Botschafter v. Hoersch nach seiner Rückkehr nach Paris mit dem Direktor der politischen Abteilung, Laroche, hatte, hatte nach Pariser Zeitungsmeldungen die Kölner Räumungsfrage zum Gegenstand. Botschafter v. Hoersch wies auf die Schwierigkeiten im Innern des Landes hin, die bei der Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar durch die alliierten Truppen entstehen könnten, da nach Artikel 429 des Versailler Vertrages diese Räumung vorgeschrieben sei, wenn Deutschland getreu die Vertragsbestimmungen erfüllt habe. Direktor Laroche habe geantwortet, daß diese Entscheidung von den alliierten Regierungen noch nicht getroffen worden sei, da dies erst möglich sein könne nach Einlaufen der Berichte der Interalliierten Militärkontrollkommission und daß jede weitere Entscheidung von dem Inhalt dieses Berichtes abhängt.

Ein deutscher Schritt in London.

Parallel mit dem Schritt des deutschen Botschafters in Paris v. Hoersch am Duai d'Orsay suchte der deutsche Botschafter Chamberlain in London die Zustimmung der englischen Regierung über Curzons Ankündigung einer unbestimmten Verlängerung der Kölner Besetzung Rücksprache zu nehmen.

Der Schlussbericht der Militärkontrolle.

Ist nach einer Meldung des „Echo de Paris“ bereits nach Paris abgehandelt worden und soll in einigen Tagen der Presse übergeben werden. Ueber den Inhalt des Berichtes glaubt das genannte Blatt folgende Mitteilungen machen zu können:

Das Gewicht wird in dem Schriftstück auf die Feststellung der „methodischen Obstruktion“ (!!) gelegt, deren sich die deutschen Verbindungsorgane befleißigt haben. (!) Die Bitte um Auskunfts wurde stets und ständig abgelehnt. (!) Die Kontrolle der Mannschaftenbestände, die die deutschen Militärbehörden nie geduldet haben (!), hat zu völligen Zugriffen geführt. Der Bericht enthält eine Zusammenstellung sämtlicher Tatsachen, die beweisen, daß Deutschland zahlreiche Verletzungen sich zuschulden kommen ließ. (!) Die Frage des Oberkommandos und der überzähligen Mannschaftenbestände wird ausführlich zur Sprache gebracht. Entgegen dem deutschen Dementi wird festgestellt, daß der Große Generalstab neu gebildet wurde. (!) Ferner wird der Nachweis dafür erbracht, daß eine besondere Abteilung eingesetzt wurde, um sich mit dem militärischen Flugwesen zu befassen, obgleich Deutschland laut dem Vertrag sich nur Handelsflugzeuge beschaffen darf. (!) Deutschland habe, so wird nach dem „Echo de Paris“ weiter in dem Schlussbericht der Kontrollkommission ausgeführt, keine der fünf Forderungen erfüllt, die die Postkonferenz in ihrer Note vom September 1922 aufstellte.

Wie das Blatt weiter berichtet, ist der Text des Schriftstückes, das ein Begleitschreiben von drei Seiten und mehrere Anhänge umfaßt, von sämtlichen interalliierten Militärabteilungen gut geheißen worden. Allgemein wird der Bericht die Botschafterkonferenz in die Lage versetzen, über den schlechten Willen (!) der deutschen Militärbehörden zu den unzweideutigsten Schlussfolgerungen zu gelangen. General v. Seeckt und seine Mitarbeiter hätten auf Mäßigung spekuliert (!), die den militärischen Vertretern von ihren Regierungen anempfohlen worden war. Ihre Berechnungen haben sich als falsch erwiesen. Die Kontroll-offiziere müßten die Feststellung machen, daß Deutsch-

land ernsthafteste Gründe hatte, ihre Forderungen nach Auskünften abzulehnen (!). Angeblich haben die englischen Offiziere an erster Stelle betont, daß die Kontrolle infolge des absoluten Widerstandes der deutschen Militärbehörden unwirksam geworden ist.

Herriot baut auf England.

Herriot hat die Vertreter der Pariser Presse an seinem Krankenlager empfangen und ihnen Mitteilungen über die außen- und innenpolitische Lage gemacht. Dabei hat er sich auch andeutungsweise über die Kölner Räumungsfrage geäußert, und zwar in einer Weise, die klar erkennen läßt, daß England bereits bindende Zusagen bezüglich der Nichträumung gemacht hat. Herriot sagte:

Wenn man die Lage Frankreichs von einem unparteiischen Standpunkt aus betrachtet, so wird man zugeben müssen, daß sie sich außerordentlich günstig ausnimmt. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sind keine Reibungen zu befürchten.

Auch die Herzlichkeit unserer Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, besonders zu England, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Sie wird sich am 10. Januar kundtun, wenn es gilt, die Frage der Räumung Kölns durch die englischen Truppen zu entscheiden.

Es unterliegt hiernach keinem Zweifel, daß es sich bei der Nichträumung Kölns um ein abgekartetes Spiel handelt, und daß der Schlussbericht der Militärkontrolle bestellte Arbeit ist, um einen fadenscheinigen Vorwand für die längst beschlossene Fortdauer der Besetzung zu haben.

Der Ansturm gegen Herriot.

Eine Sekrede Maginots.

Die Gegner Herriots sind rüstig an der Arbeit. In Spinal wurde eine Ortsgruppe der national-republikanischen Liga gegründet. Bei dieser Gelegenheit wurden scharfe Reden gegen das Kabinett Herriot gehalten. Als Hauptthema erwies sich der frühere Kriegsminister Maginot, der u. a. ausführte:

„Frankreich war vor dem 11. Mai (dem französischen Wahltag) eine große Macht, die eine eigene nationale Politik hatte und sich nicht von anderen Ländern ins Schlepptau nehmen ließ. Wir hatten die Mentalität der Sieger, was nicht bedeuten will, daß wir den Krieg gewünscht haben. Seitdem die Mehrheit am Ruder ist, wird ein Fehler nach dem anderen begangen. Die Regierung gibt den Revolutionären immer nach und untergräbt zusehends das Ansehen Frankreichs.“

Diese Regierung, die sich eine demokratische nennt, hat die Räumung des Ruhrgebietes versprochen müssen. Wir haben ohne Gegenleistung und ohne den Rückzug unserer Truppen zum Gegenstand eines Tauschgeschäftes zu machen, ein wichtiges Pfand aus der Hand gegeben, dessen wir zur Sicherung unserer Schuldforderung und zu unserer militärischen Sicherheit nicht enttaten durften. Frankreich bleibt nur noch die Beschämung übrig, dem Rückzug seiner Truppen zuzusehen, der dazu noch unter Umständen vor sich geht, die für unsere nationale Würde bedrückend sind.“

Zum Schluß machte Maginot auf die Gefahr einer allzu freundschaftlichen Gestaltung der Beziehungen zu den Sowjets aufmerksam.

Der jugoslawische Brandstifter.

Protest Albaniens beim Völkerbund.

Der jetzige albanische Außenminister Jan Noli hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, worin er wegen der neuen Unruhen in Albanien den Generalsekretär um Intervention bei der jugoslawischen Regierung ersucht, damit dem friedensstörenden Zustand ein Ende gemacht werde. Der Inhalt des Telegramms wurde dem jugoslawischen Ge-